Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5980

06. 11. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Christian Sterzing, Ulrike Höfken, Angelika Beer, Winfried Nachtwei und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Hansjörg Schäfer, Lydia Westrich, Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/4747, 13/5455 –

Auswirkungen des Truppenabbaus bei den alliierten Streitkräften und des Verkaufs von nicht benötigten militärischen Liegenschaften auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Ende des Kalten Krieges, friedenspolitisch lange ersehnt, hat einen erheblichen personellen Abbau des Militärs in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge. Die Reduzierungen umfassen etwa 900 000 deutsche und ausländische Soldaten, ca. 160 000 deutsche Zivilbeschäftigte sowie etwa 120 000 Beschäftigte in der Rüstungswirtschaft. Ein weiterer Abbau ist friedenspolitisch geboten.

Deutschland war Schauplatz einzigartiger Truppenkonzentrationen. Die zu bewältigenden Folgen des Truppenabzugs sind vielfältig. Nach dem Ende des Kalten Krieges geht es sowohl um die Beseitigung militärischer Hinterlassenschaften der abgezogenen und abziehenden fremden und der verringerten deutschen Streitkräfte als auch um die zivile Umwandlung bisher militärisch gebundener Kräfte, Ressourcen und Strukturen. Es gilt nunmehr, den bislang von militärischen Strukturen in besonderem Maße abhängigen Gebieten bei der Bewältigung der negativen Folgen des Truppenabzugs die notwendige Unterstützung zu gewähren und sie in die Lage zu versetzen, die Chancen einer wirtschaftlichen Diversifizierung durch Schaffung beschäftigungswirksamer wirtschaftlicher Alternativen unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien zu nutzen.

Konversionskosten sind nichts anderes als die bisher auf die Zukunft verlagerten Kosten von Kriegen, Rüstung und militärischem Übungsbetrieb. Hier ist der Bund gefordert, denn Entscheidungen über die militärischen Verteidigungsaufga-

ben, Stationierung und militärische Bündnispolitik hat er bislang ausschließlich in seiner Zuständigkeit getroffen. Die Bundesregierung hat sich jedoch bisher dieser Verantwortung weitgehend entzogen und die Last auf die Länder und Gemeinden abgewälzt. Die Friedensdividende wurde nicht für friedenspolitische Zwecke verwendet, sondern dazu genutzt, Haushaltslöcher zu stopfen und eine militärische Umrüstung zu finanzieren. Insgesamt sind die Ausgaben für Militär und Rüstungsgüter bei weitem nicht in dem Ausmaß gesunken, wie dies vor einigen Jahren von vielen Menschen erhofft und erwartet worden war. Den Regionen, die über Jahrzehnte hinweg in besonderem Maße die Lasten der militärischen Hochrüstung zu tragen hatten, dürfen nun nicht nach der Truppenreduzierung auch noch die Lasten der Abrüstung auferlegt werden. Sie sind vom Bund in ihrem Bemühen um eine nachhaltige Konversion und eine innovative regionale Struktur- und Entwicklungspolitik finanziell zu unterstützen. Hier gilt es für den Bund, seine Verantwortung wahrzunehmen.

Konversion, die zivile Umnutzung bislang militärisch genutzter Ressourcen, hat vor allem die Aufgabe,

- an alten militärischen Standorten neue wirtschaftliche Strukturen zu schaffen,
- für militärisches und ziviles Personal, das durch Truppenabzug oder -reduzierung beschäftigungslos geworden ist, neue zivile Arbeitsplätze zu schaffen,
- die militärischen Altlasten in Form von Bodenverschmutzung, vergrabener Munition aller Art und weiteren Arten der Umweltgefährdung zu sanieren,
- die eigenständige Regionalentwicklung unter demokratischer Beteiligung aller Betroffenen zu fördern.

Durch den Truppenabbau sehen sich insbesondere ländliche, strukturschwache Regionen mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Die oft erheblichen Konzentrationen von Soldaten und Militärstützpunkten haben zu einer einseitigen Abhängigkeit der wirtschaftlichen Strukturen vom Militär geführt. Die Förderung ziviler Alternativen für die regionale Wirtschaftsentwicklung, um die Lebensfähigkeit der Regionen zu erhalten oder wiederherzustellen, muß deshalb zentrales Anliegen jeder Konversionspolitik sein. Konversion bedeutet in diesem Sinne, den durch den Truppenabbau notwendig gewordenen Strukturwandel als Chance für eine eigenständige Regionalentwicklung zu nutzen. Diese Umstrukturierung muß sich an den regionalen Ressourcen orientieren, d. h. kleinräumige, regional abgestimmte Entwicklungskonzepte unter besonderer Berücksichtigung der ökologischen Gegebenheiten des ländlichen Raumes fördern, auf prestigeträchtige Großprojekte verzichten und regionale Wirtschaftskreisläufe aktivieren.

Viele, aufgrund des Truppenabzugs erwerbslos gewordene Menschen sind darauf angewiesen, daß ihre Chancen auf neue Arbeitsplätze durch Berufsbildung und Weiterqualifizierung

verbessert werden. Hier sind die erforderlichen Angebote zu schaffen. In den Konversionsgebieten kommt der Bereitstellung ausreichender sozialer, ökologischer und kultureller Rahmenbedingungen – z. B. Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung, Dienstleistungsangebote – besondere Bedeutung zu, um den ländlichen strukturschwachen Räumen dauerhafte Entwicklungsperspektiven zu bieten. Die Gründung und Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen ist zu fördern, weil von diesen erfahrungsgemäß wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als in Großprojekten.

Der oft gefährlich fahrlässige Umgang des Militärs mit Betriebsstoffen wie Öle, Treibstoffe, Munition und anderen Kampfmitteln hat an den ehemaligen Standorten große Teile der ehemals militärisch genutzten Flächen für eine zivile Nutzung zunächst unbrauchbar gemacht. Versickertes Kerosin, Diesel, vergrabene Munition stellen Gemeinden, Landkreise und ganze Regionen vor Probleme, die sie allein nicht lösen können. Die hohen Kosten für die Beseitigung der ökologischen Altlasten stellen hier eine große Hürde für die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere den Aufbau einer zivilen Infrastruktur dar. Im Rahmen einer entschlossenen Umweltsanierung der ehemaligen militärischen Standorte könnten jedoch neue Arbeitsplätze geschaffen, wichtige Erfahrungen auch für andere ökologische Sanierungsgebiete gesammelt und Grundlagen für auf neue Umwelttechnologien ausgerichtete Betriebe gelegt werden.

Ein Hindernis für die Konversion bedeutet nicht selten die Fortsetzung der Beanspruchung von Truppenübungsplätzen und militärischen Einrichtungen durch die Bundeswehr, oft unter Verstoß gegen die artikulierten Interessen der Bevölkerung und der Gebietskörperschaften. Damit können jedoch nur kurzfristig die sozialen Folgen des Abzugs fremder Truppen abgefangen werden. Die Chance für eine zivile Umstrukturierung, die der oft überraschend und schnell durchgeführte Truppenabzug nicht sofort erkennen läßt, wird damit vertan. Der Truppenabbau sollte deshalb als friedenspolitische Chance, als wichtiger Beitrag zur Entmilitarisierung und als Möglichkeit einer zivilen und ökologischen Umstrukturierung der betroffenen Regionen begriffen werden.

Gewiß müssen viele Regionen lernen, ihre eigenen Interessen zu entwickeln und zu formulieren und sie gegenüber dem Bund und den jeweiligen Ländern zu vertreten. Auch muß verstärkt die regionale Kooperation gesucht werden. Unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Konversionsprozeß ist jedoch die Kommunikation und Kooperation in der Region und die Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der Konversionsplanung. Eine solche Beteiligung der regionalen Bevölkerung am Konversionsprozeß (Runde Tische aller Beteiligten und Betroffenen) verbessert erfahrungsgemäß die Möglichkeiten, zivilwirtschaftliche Alternativen zu entwickeln und zu einer Diversifizierung der regionalen Wirtschaft voranzutreiben. Aber

auch eine beteiligungsorientierte regionale Konversionspolitik kommt nicht ohne längerfristige begleitende Beratung und ohne erhebliche finanzielle Unterstützung aus. Nur durch eine auch auf Landes- und Bundesebene abgestimmte Konversionsplannq kann eine nachhaltige regionale Strukturpolitik entwickelt werden, die gerade den strukturschwachen Regionen hilft, die negativen Folgen des Truppenabzugs zu bewältigen und die darin liegenden Chancen für einen zivilen und ökologischen Umbau zu nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- durch eine intensivierte Abstimmung mit den alliierten Streitkräften und eine verbesserte Informationspolitik die vom Truppenabbau betroffenen Regionen und Kommunen frühzeitig über die Planungen zu unterrichten;
- die zeitlich befristeten Mittel der Europäischen Kommission aus der Konver-Initiative durch erhebliche eigene Mittel zu ergänzen, um Konversionsmaßnahmen zu fördern, zu beschleunigen und wirtschaftlichen Schaden von besonders betroffenen Regionen abzuwenden, insbesondere
  - militärische Flächen in größerem Umfang und rascher sowie billiger als bisher freizugeben;
  - für eine rasche und umfassende Altlastensanierung die notwendigen Mittel bereitzustellen;
  - die Instrumente für eine regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auszubauen;
- Konversion als politische Querschnittsaufgabe z. B. in regionale Beschäftigungs- und Strukturpolitik, in Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik, in Aus- und Weiterbildungssowie Verkehrspolitik einzubeziehen.

Bonn, den 5. November 1996

Christian Sterzing
Ulrike Höfken
Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333